

KOMMENTARE

Merkel und die Frauenquote

Gründlich verrechnet

ALEXANDRA JACOBSON, BERLIN

Nicht die Eurorettung bringt die Koalition und vor allem Angela Merkels Konfliktmanagement ins Trudeln, sondern ausgerechnet die Frauenquote. Da rächt es sich, dass Schwarz-Gelb und vor allem die Kanzlerin in gesellschaftspolitischen Fragen einen denkbar unscharfen Kurs verfolgen. Ihre Linie ist allein auf Konflikt- und Ärgervermeidung ausgerichtet. Weder die Fortschrittlichen noch die Konservativen sollen verprellt werden. Deshalb geht es bei der Kinderbetreuung, der Homoehe oder jetzt der Frauenquote hin und her, ein Schritt zurück, dann wieder seitwärts und selten voran.

Bei der Frauenquote rügt die Kanzlerin die Unbeweglichkeit der Unternehmen. Doch sie stellt gleichzeitig mit Kristina Schröder eine Familienministerin ein, die keinerlei Antenne für Frauenpolitik besitzt und noch nicht eine einzige Initiative für die Gleichstellung auf den Weg gebracht hat.

Merkel hat sich dieses Mal gründlich verrechnet und gar nicht bemerkt, dass viele

Frauen in der CDU schon viel weiter denken und durch Merkels Zögerlichkeit zutiefst verletzt sind. Dass man nach zwölf Jahren schlechter Erfahrungen mit freiwilligen Quoten die Nase davon voll hat, das hat Arbeitsministerin Ursula von der Leyen Merkel auf die einzige Art und Weise vermittelt, die die Kanzlerin versteht: Von der Leyen hat die Ministerin mit der Opposition gestimmt, wäre Schwarz-Gelb am Ende gewesen. Von der Leyen hat hoch gepokert, aber sie hat bewiesen, dass es in der Politik auch um Überzeugungen geht. Merkel hat klein beigegeben und mal schnell eine gesetzliche Quote ins Wahlprogramm gehievt – obwohl es der CDU-Parteitag gerade erst auf Merkels Bestreben hin bei der reinen Freiwilligkeit belassen wollte. So plump und so verzweifelt hat man die CDU-Chefin selten agieren sehen. Leider gibt es im Ergebnis trotzdem immer noch kein Quotengesetz.

alexandra.jacobson@ihr-kommentar.de
Bericht Seite 2



Quotenfrau

ZEICHNUNG: PEPSCH GOTTSCHIEBER

TAGESTHEMA

Streit um Kosten der Schule

Schulbuchurteil bringt alten Konflikt ans Licht



Anspruch auf Bezahlung: Öffentliche Hand muss Lehrern Schulbuchkosten ersetzen.

VON BERNHARD HÄNEL

■ Bielefeld. Waren das noch Zeiten, das das Prinzip galt: Stadt und Land Hand in Hand. Damals flossen vergleichsweise noch Milch und Honig. Heute sind die öffentlichen Kassen leer. Statt Solidarität ist das Sankt-Florians-Prinzip vorherrschend – und das heißt Kostenvermeidung. Heute sind Land und Kommunen stets auf der Suche nach Begründungen dafür, wie sie entstehende Kosten auf den jeweils anderen abschieben können. In der Praxis sitzt das Land stets am längeren Hebel und agiert im Zweifel per Verfügung.

Dem jüngsten Beispiel ist Kai Abruzat, FDP-Landtagsabgeordneter aus Porta Westfalica, auf die Spur gekommen. Nahezu zeitgleich hatten sich das Bundesarbeitsgericht (BAG) in Erfurt sowie das Oberverwaltungsgericht (OVG) in Münster mit den Schulbuchkosten für Lehrkräfte befasst. Das BAG befand, dass es die „Fürsorgepflicht des Dienstherrn oder Arbeitgebers“ sei, die Lehrkräfte mit den „erforderlichen Lehr- und Lernmitteln auszustatten“. Ganz anders entschieden die Richter in Münster; im „Grundsatz ist der Schulträger verpflichtet, die Kosten für Lehrmittel zu tragen“.

Trickreich heischte Abruzat per Kleiner Anfrage bei der Landesregierung um Auskunft, welche Konsequenzen durch das BAG-Urteil auf NRW zukämen. Die Antwort von Schulministerin Sylvia Löhrmann (Grüne) ist frappierend. Das BAG-Urteil werde sie prüfen, sobald es schriftlich vorliege. Das für die Landeskasse günstigere, aber niederrangigere Urteil stellt sie bereits heraus. Ein Schelm, der Schlechtes dabei denkt, meint Abruzat. Der Fall zeige, dass es „an der Zeit ist, die Trennlinie zwischen

inneren Schulangelegenheiten, die das Land zu verantworten hat, und den äußeren Schulangelegenheiten, die im Verantwortungsbereich der Kommunen liegen, neu zu justieren“.

Denn es gibt weit wichtigere schulpolitische Baustellen als die Frage der Lehrbücher für Lehrkräfte. Bielefelds Schulamtsleiter nennt einige Beispiele: Schulsozialarbeit, Schulpsychologie, Qualität der Berufswahlvorbereitung in Schulen. So sehen das auch die kommunalen Spitzenverbände. Städte- und Gemeindebund sowie Städtetag nennen zuvorderst die Kosten der Inklusion. „Bei der Frage der Inklusion geht es um die Anwendung des Konnexitätsgebots, welches vom Land in Abrede gestellt wird“, sagt Claus Hamacher. Der Konflikt liege weniger in der Abgrenzung der inneren und äußeren Schulangelegenheiten, sondern in der „Weigerung des Landes anzuerkennen, dass sich durch eine qualitative Veränderung des Auftrags an die Regelschulträger zusätzliche Kosten ergeben“, so Hamacher.

Größere Mehrkosten aber stellt die Landesregierung in Abrede. Und für die kleineren Summen müssten eh die Kommunen getreu dem Schulgesetz aufkommen. Dass es dabei aber nicht um Peanuts geht, zeigt ein Beispiel aus Bielefeld, das ähnlich jede Kommune in der Region nennen könnte. Für die Aufnahme von zunächst acht sonderpädagogisch förderbedürftiger Kinder ab dem Schuljahr 2013/14 hat eine Bielefelder Gesamtschule als schulträgerseitig zu erfüllende Voraussetzung ein Raumkonzept entwickelt; dessen Realisierung kostete das Städtäckel mal eben etwa vier Millionen Euro. Nicht von ungefähr fordert der Städtetag bei der anstehenden Novelle des Gemeindefinanzierungsgesetzes, die Trennlinien „vereinfachend“ zu ziehen, so ein Sprecher.

Parteien werfen einander Heuchelei bei Frauenquote vor

Grüne setzen CDU mit eigenem Antrag unter Druck

■ Berlin (epd/dpa). Erwartungsgemäß hat der Bundestag mit der Mehrheit der schwarz-gelben Koalition gesetzliche Frauenquoten für Aufsichtsräte abgelehnt. Die Regierungsfractionen von Union und FDP stimmten fast geschlossen gegen ein Quoten-Gesetz, das von SPD und Grünen eingebracht worden war. Der Gesetzentwurf sah vor, dass von 2018 an 20 Prozent aller Aufsichtsratsmitglieder weiblich sein sollen, fünf Jahre später 40 Prozent.

Der Abstimmung ging eine turbulente Debatte voraus, in der sich Koalition und Opposi-

tion gegenseitig Heuchelei vorwarfen. „Warum nicht gleich noch ein Mindestlohn für das Jahr 2090? Das ist Heuchelei. Das ist Volksverdummung, was hier stattfindet“, sagte SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier. Für Verwirrung sorgten die Grünen, die geschlossen gegen den eigenen Antrag zur Frauenquote stimmten. Darin hatten sie exakt die Kompromisslösung vorgeschlagen, die die Union innerparteilich zuvor mühsam gefunden hatte. Die Union stimmte diesem Antrag nicht zu. Den Grünen ging der eigene Antrag nicht weit genug. > Kommentar

Einsparungen bei Arzneimitteln

■ Berlin (dpa). Gängige Arzneimittel gegen Schmerzen, Herzleiden, Diabetes und andere Krankheiten werden einer neuen Prüfung mit dem Ziel enormer Einsparungen unterzogen. Dazu machte das oberste Gremium des deutschen Gesundheitswesens, der Gemeinsame Bundesausschuss von Ärzten, Krankenkassen und Kliniken, den Weg frei.

NRW treibt 670 Millionen Euro ein

■ Düsseldorf (dpa). Selbstanzeigen von Steueründern und die Auswertung von Daten-CDs haben Nordrhein-Westfalen bislang 670 Millionen Euro eingebracht. Allein durch fast 8.000 Selbstanzeigen von Steuerhinterziehern mit Konten in der Schweiz habe das Land inzwischen 400 Millionen Euro eingenommen, berichtete das Finanzministerium in Düsseldorf.

Bundeswehr zieht nicht komplett ab

■ Berlin (dpa). Die Bundesregierung will nach dem Ende des Kampfeinsatzes noch 600 bis 800 Bundeswehrsoldaten in Afghanistan belassen. Das gab Verteidigungsminister Thomas de Maizière (CDU) bekannt. Die NATO will ihren Kampfeinsatz am Hindukusch Ende 2014 nach 13 Jahren beenden. Das Bündnis will aber insgesamt mit 8.000 bis 12.000 Soldaten im Land bleiben.

Nordkorea fordert Ende der Sanktionen

■ Seoul (dpa). Nordkorea hat die Aufhebung der wegen seiner Raketen- und Atomtests verhängten UN-Sanktionen zur Bedingung für Gespräche mit den USA gemacht. Die USA und Südkorea müssten zudem alle Provokationen einstellen, erklärte die Nationale Verteidigungskommission in Pjöngjang. Die Kommission ist das wichtigste Entscheidungsgremium in Nordkorea.

US-Senat lehnt Waffengesetz ab

■ Washington (rtr). US-Präsident Barack Obama hat eine schwere Niederlage im Senat erlitten. Die von seinen Demokraten beherrschte Kammer hat gegen eine schärfere Überprüfung von Waffenkäufern und gegen ein Verkaufsverbot für Sturmgewehre gestimmt. Obama sprach von einem „beschämenden Tag für Washington“ und erklärte, dies sei „nur die erste Runde“.

PERSÖNLICH



Klaus Wowereit (59), Berlins Regierender Bürgermeister, bekam ein Päckchen mit einer Flasche Buttersäure vor dem Kanzleramt. Es wurde von Mitarbeitern der Poststelle abgefangen. Ein Bekennerschreiben lag ihm nicht bei. Senatssprecher Richard Meng sagte, derzeit würden rechtliche Schritte gegen unbekannt geprüft. Es sei niemand gefährdet gewesen. FOTO: DPA



Peer Steinbrück (66), SPD-Kanzlerkandidat, versicherte Fotografen vor dem Kanzleramt, dass er an den Gitterstäben rund ums Gebäude nicht rütteln will. Mit angehobenen Armen deutete er die Geste an, die sich für Altkanzler Gerhard Schröder (SPD) als zukunftsweisend erwiesen hatte. „Ja, aber das ist schon ein paar Jahre her. Und das war in Bonn“, so Steinbrück. DPA



Pervez Musharraf (69), Expräsident Pakistans, droht Gefängnis. Ein Gericht in Islamabad erließ Haftbefehl gegen ihn. Hintergrund ist ein Verfahren, in dem sich Musharraf wegen Ausrufung des Notstands und Absetzung oberster Richter verantworten muss. Er floh aus dem Gerichtssaal in sein Landhaus am Rande der Stadt. Dort wird er polizeilich beobachtet. FOTO: REUTERS

Mangelnde Ausbildungsreife bei Jugendlichen

Eltern in die Pflicht nehmen

JULIA GESEMANN

Es kann nicht die Aufgabe eines Betriebes sein, auszubildenden Nachhilfe in Mathematik, Pünktlichkeit oder Umgangsformen zu geben. Und kein Lehrer und kein Schulsystem kann einen Schüler zum Diamanten schleifen, wenn das Rohmaterial ein desinteressierter Schüler ist, um den sich die Eltern nicht genug kümmern oder kümmern können. Unternehmer und Lehrer sind keine Superhelden. Sie können sich noch so sehr anstrengen, die Fehler liegen vielfach zu Hause.

Es hat sich nun mal einiges verändert. Häufig arbeiten beide Elternteile. Das soll nicht verurteilt werden – es ist ein guter gesellschaftlicher Wandel. Aber häufig bleiben die Kinder auf der Strecke. Sie sind nachmittags und abends

auf sich allein gestellt. Niemand macht mit ihnen Hausaufgaben, stattdessen sitzen sie vor Computer, Spielkonsole oder Fernseher.

Hinzu kommt: In den Schulen stehen Kernkompetenzen wie Rechtschreibung, Grammatik oder Mathematik nicht mehr im Vordergrund. Diktate und reine Grammatikarbeiten – dürfen nicht mehr geschrieben werden. Pädagogisch unsinnvoll, heißt es. Die Kinder dürfen immer weniger können. Trotzdem werden die Noten immer besser. Mängel müssen von Eltern und Schulen gemeinsam gelöst werden. Und Eltern müssen wieder mehr in die Pflicht genommen werden.

julia.gesemann@ihr-kommentar.de
Bericht Titelseite

GLOSSE

ARD-Moderator Dieter Moor will seinen Vornamen ändern

Neustart als Max

THOMAS KLINGEBIEL

Still hat er 54 Jahre lang gelitten. Heute beginnt der Rest seines Lebens – als Max. Zunächst ist es noch ein Künstlername. Doch Dieter Moor, prominenter Moderator des ARD-Kulturmagazins „tnt – Titel, Thesen, Temperamente“, hat erklärt, dass er sich auch amtlich in Max Moor umtaufen lassen will.

Er wolle „ändern, was die Altvordern bestimmt haben“, ließ TAFKAD (The Artist Formerly Known as Dieter) verlauten. Der Vorname ist jedenfalls mal ein Anfang. Vielleicht stand Moor kürzlich vor einem Gemälde von Max Ernst, und aus der Surrealität

raunte es ihm zu: Du musst dein Leben ändern. Warum nicht Max? Andere in seinem Alter kaufen sich einen Porsche. Aber was ist eigentlich so tragisch an Dieter? Es gibt Schlimmeres. Nur wenigen ist eine so glückliche Übereinstimmung von Selbstbild und elterlich verordnetem Rufnamen gegönnt wie, sagen wir, Guido Westerwelle.

Unbestätigt blieb gestern, dass auch Moors Sendung „tnt“ umbenannt werden soll. In „mmm – Männer, Mäcken, Midlife-Crisis“.

thomas.klingebiel@ihr-kommentar.de

PRESSESTIMMEN

BOSTON

FAZ

■ Frankfurt. Die Täter von Boston sind keine mutigen Helden, sondern feige Mörder, die ein großes Sportfest in einem Blutbad enden ließen.

Stuttgarter Nachrichten

■ Stuttgart. In Zeiten der Gefahr rückt Amerika zusammen. Die Menschen helfen sich spontan.

Saarbrücker Zeitung

■ Saarbrücken. Präsident Obama sollte die Chance nutzen, seine zerrissene Nation in

der Stunde der Not zusammenzuführen.

Darmstädter Echo

■ Darmstadt. Wie die Vereinigten Staaten von Amerika den Schock dieses Terroranschlags überwinden werden, hängt davon ab, wer den Boston-Marathon mit Blut besudelt hat.

Lausitzer Rundschau

■ Cottbus. Wenn es einen jeden treffen kann, kann auch ein jeder seine helfende Hand reichen und sein Mitgefühl zeigen.

Vor 70 Jahren Aufstand im Warschauer Ghetto

HINTERGRUND



■ Warschau (dpa). Sie kämpften gegen eine hundertfache Übermacht der Nazis: Am 19. April 1943 begann der jüdische Aufstand im Warschauer Ghetto. Krystyna Budnicka (Foto) überlebte ihn. Eva Krafczyk berichtet.

Als deutsche SS-Männer im Morgengrauen des 19. April 1943 das Warschauer Ghetto betreten, um mit der letzten großen „Aktion“, der Deportation der Ghetto-Bevölkerung in die Vernichtungslager, zu beginnen, fielen Schüsse. Doch diesmal schossen nicht die Deutschen, sondern jüdische Widerstandskämpfer.

Für die verzweifelten, ausgehungerten, ständig vom Tod bedrohten Menschen im Ghetto muss es ein seltener Moment der Genugtuung gewesen sein: Nazis flohen vor Juden. Die Schüsse am Morgen des jüdischen Pes-

sachfestes markierten vor 70 Jahren den Beginn des Warschauer Ghetto-Aufstands. Fast einen Monat lang kämpften die jungen Männer und

Frauen der jüdischen Kampforganisation ZOB gegen die zahlenmäßig weit überlegenen und besser ausgerüsteten Deutschen und deren Helfer. Sie wollten lie-

ber kämpfend sterben als in den Todeslagern. Sie hofften, dass ihr aussichtsloser Kampf eine Chance haben könnte, wenn sie Unterstützung und Waffen von der polnischen Untergrundbewegung oder von den Alliierten erhielten. Die wenigen Versuche von Widerstandskämpfern, von der „arischen“ Seite der Mauer die Deutschen anzugreifen, scheiterten. Die in unterirdischen Bunkern versteckte Ghettobevölkerung drohte in Flammen und Rauch zu erstickern.

„Es war unerträglich heiß im Bunker, also flohen wir in die Kanalisation“, erinnert sich Krys-

tyna Budnicka, die als Elfjährige den Ghetto-Aufstand erlebte. Drei ihrer Brüder kämpften mit den Aufständischen. „Aber als die Deutschen erkannten, dass die Menschen durch die Kanalisation auf die arische Seite flohen, warteten an jedem Ausgang Soldaten, die auf jeden schossen, der herauskam. In der Kanalisation schwammen Leichen und Ratten. Es war schrecklich.“

Die blutige Niederschlagung des Aufstands besiegelte auch das Schicksal der meisten bis dahin überlebenden Warschauer Juden, die vor dem Krieg ein Drittel der Bevölkerung stellten.